

Massenmedium Wochenschau

Ein Kino ohne Wochenschau — das gibt es, aber erst seit einigen Jahren und nicht in großer Zahl. Das Fernsehen hat dem Kino Abbruch getan, und die Kinobesitzer müssen mit den Pfennigen rechnen, wenigstens die übergroße Mehrzahl. So haben die einen oder anderen auf die Wochenschau verzichtet, oder sie zeigen nicht die neueste, weil eine ältere billiger ist. Diese nun aber, die einen solchen Ausweg betreten haben, sagen, daß die Besucher ihres Kinos die Wochenschau stets zu, sehen verlangen und offenbar mit Interesse ansehen. Bild und Wort, miteinander verbunden, bringen wirkungsvolle, leicht faßbare Informationen. Die Stärke der Wochenschau und ihre eigentliche Aufgabe liegt in der Bild- und Wort-Nachricht. Sie liegt nicht im Kommentar und nicht in der Unterhaltung oder „Schmonzette“.

In ihrer Bedrängnis haben die Wochenschauen, die eine harte Konkurrenz auszuhalten haben, in einigen Ländern Europas versucht, in das Bild-Feuilleton auszuweichen. Einige, so auch die beiden von der GmbH Deutsche Wochenschau herausgegebenen wöchentlichen Bildfolgen *Zeitlupe* und *Ufa-Wochenschau*, wagten das Risiko des bilderten Kommentars. Es ist bemerkenswert, daß sie nicht versucht haben, einen nachrichtlichen Wochenbericht zu entwickeln, der ja doch von guten Wochenzeitschriften seit Jahren und nach dem zweiten Krieg besonders gepflegt wird, weil er das unwichtige Detail des Tages übergeht und die Brücke zum Heute und Morgen bereits zu schlagen vermag. Die Wochenschauen sind in die „Illustrierten-Journalistik“ ausgewichen, in die billige Sensation, und leider auch in die polemisierende Politik. Es ist nicht wahr, daß das Fernsehen das aktuelle, nachrichtliche Bild für die Wochenschau entwertet. Hier verhalten sich Bild und Wort zusammen, von Fernsehen und von Wochenschau geboten, wie das Wort allein, das die Tageszeitung bietet, zu dem, das die Wochenzeitung mitteilt. Und niemand wird leugnen, daß der Trend zur Wochenzeitung geht, mindestens soweit der Einfluß des Mitgeteilten gemessen wird. Auch die Wochenschau im Kino hat sich nicht überlebt, wenn sie nur ihren Stil findet, der heute gültig sein kann: den aktuellen, die Ereignisse der Woche überschauenden und mit den schon erkennbaren Entwicklungen verbundenen Bildbericht, der vom Bekannten zum Neuen führt. Der Zuschauer wird von der „Neugier“ nach dem Neuen getrieben; sein Anspruch kann befriedigt werden.

Staat und Wochenschau

Aber die Wochenschauen — nicht nur die deutschen — sind in Bedrängnis geraten, und die deutschen, zusammengefaßt in einer Gesellschaft, in besonderem Maße. Zwar ist die GmbH rentabel, aber nicht durch die beiden Wochenschauen, sondern weil sie auch andere Filmaufträge übernimmt und erfüllt, nicht zuletzt auch solche des Deutschen Gewerkschaftsbundes, für den sie manchen guten Film hergestellt hat. In Italien, in Frankreich und England gehören die Wochenschauen zu den vom Staat geförderten Unternehmungen. Auch die *Deutsche Wochenschau GmbH* erfüllt Aufträge der Bundesrepublik Deutschland, indem sie insbesondere monatlich einen „Deutschland-Spiegel“ herausbringt, der in das Ausland geschickt wird und dort über Fernsehstationen aus Deutschland berichtet. Die Bundeswehr verantwortet einen in der Deutschen Wochenschau (in Hamburg-Rahlstedt) monatlich hergestellten Filmstreifen, der für die Truppe bestimmt ist. Ob diese Aufträge nun Leistung und Entgelt allein einander gegenüberstellen oder ob versteckte Hilfeleistungen des Staates darin enthalten sind — die Frage ist in unserem Lande leider ernsthafter und nachdrücklicher zu stellen als anderswo, weil in einer überschaubaren Vergangenheit schlimme und unvermeidbare Methoden angewendet wurden, und weil noch heute nicht wenige verantwortliche Männer und Frauen meinen, Staats-

hilfe und damit verbunden auch staatlicher Einfluß seien die natürlichen Hilfsmöglichkeiten für notleidende Betriebe jeglicher Art, auch in der Presse, im Funk und Film. Man wird jetzt widersprechen und behaupten wollen, daß selbst offene Zuwendungen nicht auch Einflußnahme bedeuteten. Aber im Aufsichtsrat der Deutschen Wochenschau sitzen die Beamten des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, des Wirtschaftsministeriums des Bundes und des Bundeskanzleramtes. Im Haus dieser Gesellschaft sind zwei Geschäftsführer für die GmbH verantwortlich, aber die Anteile dieser Gesellschaft befinden sich in den Händen der Bundesregierung, die noch jüngst fehlende 48 vH des Gesamtkapitals von der Firma Bertelsmann erwarb und nun direkt und über einen Treuhänder *alle Anteile* besitzt.

Um diesen Ankauf der Anteile hat es in jüngerer Zeit öffentliche Auseinandersetzungen gegeben, und der *Deutsche Gewerkschaftsbund* ist nicht uninteressiert geblieben. Der Bundestag und zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften haben den Vorgang behandelt, der nicht vergessen oder übergangen werden sollte. Schließlich hat die Bundesregierung mit dieser Aktion eines der drei großen Nachrichtenmedien noch kurz vor Beginn der Wahlausinandersetzungen in eigene Hand genommen und so den Eindruck erweckt, als wollte sie sich mit diesem Zugriff auf die Wochenschau-Gesellschaft selbst sichern.

Privatisierung

Die Deutsche Wochenschau GmbH ist eine Nachfolgegesellschaft der „Neue Deutsche Wochenschau GmbH“, die 1949 in Hamburg gegründet wurde und die dazu dienen sollte, die noch ausschließlich den Markt beherrschenden Wochenschauen der Besatzungsmächte allmählich abzulösen. Man sagt heute, es habe damals weder Kapital noch Interessenten für das Unternehmen gegeben, die bereit waren, das Risiko einzugehen-, so daß die Bundesregierung das Gesellschaftskapital vorlegte und das Eigentum erwarb. Es ist hier nicht der Ort, zu untersuchen — und wahrscheinlich wäre dies auch nur von historischem Wert —, ob in jenem Jahre wirklich alle Schritte getan wurden, die möglich waren, um eine Trägerschaft der Anteile ohne Beteiligung des Staates herzustellen. Die deutschen Zeitungsverleger haben noch vorher, also in schwierigerer Zeit, die Nachrichtenagenturen auf eigenes Risiko und mit eigenen Mitteln als Genossenschaft übernommen und später, eben 1949, als Gesellschaft mit beschränkter Haftung ausgebaut. Die Wochenschau fand Unterstützung beim Staat, weil sie aus eigenen Einnahmen nicht bestehen konnte.

Als 1957 die aus dem ehemaligen Vermögen des Deutschen Reiches herausgenommene „Universum Film AG“ sich zu regen begann und ihr Interesse auch auf eine eigene Wochenschau richtete, erschien eine Konkurrenz wirtschaftlich sinnlos. Ob es nur wirtschaftliche Erwägungen waren, die dazu geführt haben, daß die Bundesregierung ihre Anteile dieser neuen Ufa anbot, lassen wir dahingestellt. Tatsächlich behielt die Bundesregierung nur 2,6 vH der Anteile und gab 74 vH ab an die nun als „Deutsche Wochenschau GmbH“ firmierende Gesellschaft, deren Anteilseigner die neue Ufa (48 vH), die Deutsche Bank (13 vH) und die Dresdner Bank (13 vH) neben der Bundesregierung wurden. Das Stammkapital betrug damals 950 000 DM. Das war 1959.

Das Schicksal der neuen Ufa ist bekannt: sie ging (Anfang 1964) in die Hände des Bertelsmann-Verlages über. Dieser aber war nur wenig interessiert an der Wochenschau, zumal, wie es in Veröffentlichungen unwidersprochen hieß, da es keine Möglichkeit eines mitwirkenden Einflusses auf die Arbeit der Wochenschauen zu geben schien. Bertelsmann zeigte Bereitschaft zum Verkauf von wenigstens 40 der von ihm übernommenen 48 vH des Gesamtkapitals der GmbH. Im Dezember 1964 verhandelte der Verlag mit der Union-Treuhand GmbH in Frankfurt. Aber er mußte nach dem Gesellschaftsvertrag von dieser Verkaufsabsicht Mitteilung an die anderen Gesellschafter machen.

Entprivatisierung

Die Bundesregierung geriet in Alarmstimmung: Die Union-Treuhand ist mit der Bank für Gemeinwirtschaft verbunden, so sagte man sich in Bonn, und die Bank für Gemeinwirtschaft ist eine Einrichtung mit guten und engen Beziehungen zum Deutschen Gewerkschaftsbund, so fügte man hinzu. Und die Folgerung war: Hier will sich der DGB die Wochenschau sichern! Daß die Bundesregierung selbst 26 vH der Anteile in der Hand hatte, daß weitere 26 vH von einem Treuhänder (Dr. *Liebig*, ehemals Bundesbeauftragter für Verteilung von Filmbürgschaften) gehalten wurden, daß also 52 vH und damit die Mehrheit das Übergewicht der Bundesregierung sicherten, das wurde füglich nicht zur Kenntnis gebracht. Mit dem Recht, das der Gesellschaftsvertrag bot, verlangte die Bundesregierung auch die von Bertelsmann angebotenen Anteile für sich. Der Kaufpreis betrug 1,33 Mill. DM., so daß ein Kurswert von 350 vH entstand, der in keiner Weise dem wirklichen Wert entsprach. Im Bundestag fielen die Bezeichnungen „Liebhaberpreis“ und „politischer Preis“, und sie trafen den Kern der Entprivatisierung, die hier im Gegensatz zu den Preußag-, Volkswagenwerk- und VEBA-Volksaktienunternehmungen der Bundesregierung einmal in umgekehrter Richtung vorgenommen wurde.

Die Bundesregierung hat durch Bundesschatzminister Dr. *Dollinger* schriftlich und mündlich erklärt, sie sei bereit, die Anteile wieder abzugeben. Die Bundesregierung hat aber auch durch den *Bundesinnenminister* geäußert, sie sei *nicht* bereit, die Anteile wieder zu veräußern (173. Sitzung des Bundestages, 18. März 1965). Welche Aussage gilt? Tatsächlich haben Verhandlungen von Interessenten, zu denen auch die Bank für Gemeinwirtschaft gehörte, bisher zu keinem Ergebnis geführt, und es besteht keine Aussicht, daß noch vor den Wahlen zum Deutschen Bundestag eine Mitbeteiligung eines oder mehrerer freier Gesellschafter ermöglicht wird. Der *Bundesinnenminister* hat am 18. März 1965 dazu gesagt: „Ich bin der Meinung, daß sich ein öffentlicher Eigentümer genauso objektiv verhalten kann wie ein privater.“

Umworben und umstritten

Seit Jahren ist die Objektivität der Produktionen der Deutschen Wochenschau GmbH nicht unbestritten. In jüngerer Zeit ist eine Auseinandersetzung besonders lebhaft geführt worden, die aus einer Kritik des Vorsitzenden des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, des sozialdemokratischen Abgeordneten *Schmitt-Vockenhausen*, entstand. Aber lange vorher haben Zeitungen, Zeitschriften und Korrespondenzen immer wieder und in unverkennbar deutlicher Weise darauf hingewiesen, daß die Wochenschauen nicht Stellung zu nehmen, sondern sachlich zu berichten hätten, und daß dies eben nicht immer geschähe. Ende Juni 1965 wurde der Kurzfilm „Besuch einer Königin“ Gegenstand der Kritik im Zweiten Deutschen Fernsehen, die der Frankfurter Professor für politische Wissenschaften, *Ellwein*, mit dem Hinweis auf die Tatsache vortrug, daß die Bildfolgen den Besuch der englischen Königin weniger in der Bundesrepublik als „bei der CDU“ gezeigt hätten.

Der Aufsichtsrat der Deutschen Wochenschau GmbH, dessen Vorsitz Ministerialdirigent im Bundesschatzministerium, *G. Breme*, innehat, setzte vor Jahren einen Beirat ein, der für die Beratung der Redaktion zuständig sein soll. Ursprünglich hatte der Beirat größere und effektivere Bedeutung. Er zählt zur Zeit 13 Mitglieder, unter denen als Vertrauensmann des DGB *Franz Lepinski* tätig ist. An den Sitzungen nimmt als Gast ohne Stimmrecht auch *Georg Reuter* teil, der zu den Gründern der Neuen Deutschen Wochenschau 1949 gehört hat. Die Opposition im Bundestag ist durch zwei Abgeordnete vertreten (*Peter Blachstein* und *Fritz Sängler*), die Koalition durch sechs (*Josef Stingl*,

Ingeborg Geisendörfer, Heinrich Holtenbrink, Marie-Elisabeth Klee und Dr. Roland Seffrin von der CDU/CSU und *Werner Kubitzka* von der FDP). Die übrigen Mitglieder des Beirates werden nicht als politische Vertrauenspersonen zu werten sein, aber auch nicht als Opponenten der Regierung. Den Vorsitz führt der frühere Hamburger Senator *Heinrich Landahl*, der zur SPD gehört. Diese Tatsache, die jedoch das beträchtliche Übergewicht der Regierungsparteien in keiner Weise aufhebt, hat dem Bundesinnenminister in der erwähnten März-Sitzung des Bundestages Anlaß gegeben, den Beiratvorsitzenden und seine Parteizugehörigkeit als ein Schutzschild vor die Bundesregierung zu halten, die sich wegen der Übernahme aller Anteile der GmbH angegriffen fühlte.

Die wiederholte, inzwischen bekanntgewordene Kritik des Beirates und die öffentlichen Auseinandersetzungen über die Wochenschauen haben Anlaß zu organisatorischen Änderungen in der Leitung der Deutschen Wochenschau gegeben. Die Angehörigen der Opposition, die sich in machtloser Position sahen, fanden keinen anderen Weg als den des Verzichtes auf ihre weitere Mitarbeit im Beirat, also der Demonstration, wenn nicht eine Änderung in den Verantwortlichkeiten der Redaktionsführung vorgenommen werden würde. Der Aufsichtsrat hielt es für zweckmäßig, den Posten eines Chefredakteurs zu beseitigen. Er wurde bisher von einem der beiden verantwortlichen Geschäftsführer der GmbH eingenommen, von *Manfred Purzer*, der als Geschäftsführer und Chefredakteur tätig war und die Chefredaktion ohne Mitwirkung des anderen Geschäftsführers, *Dr. Hindericus Wiers*, leitete. Künftig werden beide darüber zu wachen haben, daß die Arbeit der Wochenschauen sachlich geleistet wird, daß keine Beanstandungen aus politischer Sicht möglich werden, und daß sich die Berichterstattung ausschließlich auf Tatsachen von allgemeinem und öffentlichem Interesse beschränkt. Eine Wochenschau braucht, wenn sie diese Grundsätze verfolgt, deshalb nicht langweilig zu sein. —

Zu den Tatsachen, die unsere Wirklichkeit kennzeichnen, gehört vor allem auch das, was das Leben der Menschen in Gesellschaft und Familie, in Beruf und Öffentlichkeit spiegelt. Die sozialen Informationen, die Mitteilungen über die Arbeit in Werk und Büro, die Darstellung der Wünsche und Hoffnungen der einen und der Widerstände der anderen —: das alles ist unleugbarer Bestandteil des Geschehens, das alle Menschen und die Nation angeht und ihr Schicksal bestimmt. Man wird von einer modernen Wochenschau erwarten können, daß sie diesem Teil unserer Wirklichkeit nicht geringere Beachtung schenkt als der anderen, der leichteren Seite des Lebens.

Die Deutsche Wochenschau ist als Institut und mit ihren Leistungen in das kritische Gespräch der öffentlichen Meinung geraten, und dazu hat sie selbst beigetragen und ebenso die Bundesregierung, der sie gehört. Politische und aktuelle, soziale und künstlerische Motive sind in der Kritik geltend gemacht worden. Eine solche Auseinandersetzung braucht nicht notwendig Schaden anzurichten; sie kann der Ausgangspunkt für eine neue Konzeption der wöchentlichen Information durch die Wochenschau werden und mutige Entscheidungen provozieren, die den Anteil der Wochenschau an der ständigen Unterrichtung der Öffentlichkeit erhöhen. Voraussetzung scheint uns jedoch zu sein, daß die Deutsche Wochenschau GmbH aus der Umklammerung des alleinigen Eigentumsrechtes der Bundesregierung so bald und so gründlich wie möglich befreit wird.

Ich glaube, daß es in der Welt keinen größeren Haß gibt, als den der Unwissenheit gegen das Wissen.

Galilei